

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Erste Ausgabe



Nr. 265. Donnerstag, 8. Juni 1905. Jahrgang 198.

Bezugspreis f. Halle u. Verre 2.50 RM. durch d. Postbezugs 3 RM. f. d. Westfäl. Post-Bezugsliste Nr. 329. Die Hall. Ztg. erscheint wöchentlich zwölf mal. - Gratis-Beilagen: Hall. Courier (tägl. Beilagenbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Witterung.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telephone 158; Redaktion Telephone 1272. Eing. G. Brauhausstr. 6. Schriftleitung: I. S. Haag Webling in Halle a. S.

Anzeigengebühren f. d. jedw. längere Periode od. deren Raum f. Halle 15 Wfg., auswärts 20 Wfg. Anst. Anzeigen 30 Wfg. Restamen am Schluss d. redaktionellen Zeitbl. Seite 7. Anzeigen-Annahme d. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telefon-Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Kapitulation vor dem Anarchismus?

Wie ein Fatum, wie ein Rismet Allah scheinen die Regierungen der europäischen Großstaaten die sich fast in regelmäßigen Zwischenräumen wiederholenden Bombenattentate der Anarchisten auf Staatsoberhäupter entgegennehmen zu wollen. Von einigen Jahren wollte einmal, so hoch es, die italienische Regierung die skandinavische internationale Abmachungen in die Hand nehmen, um der sich über ganz Europa verbreitenden anarchischen Seuche Einhalt zu tun. Italien hatte allen Anlaß zu einem solchen Vorgehen, denn es hat sich bisher noch immer als das Hauptportland anarchischer Mordtaten erwiesen. Der verlorene demokratische italienische Ministerpräsident Zanardelli verstand es dann allerdings, getreu seiner Anschauung von der Macht des „Vollwillens“, eine solche Intervention schuldig zu machen. Dafür legte er durch, daß der Nachfolger eines in einem anarchischen Doldeatentat getöteten Königs ihm allerdings königliche Machtbefugnisse, übertrug, die dann aber unausgeübt blieben, weil nimmermehr langsam doch wieder das alte liberale Nachwächterprinzip des Staates zum Vorschein kam, das nur immer gerade den Dieb vor der Haustür zu erfangen gestattet. Nebenfalls ist es seit einigen Jahren von internationalen Maßnahmen gegen den Anarchismus nur so viel früher geworden, als man in Venedig über den Berliner Reichstag des Anarchismus von internationalen Maßnahmen für den „Arbeiterstaat“ schwärmte.

Die Frage erhebt sich nun angeht das anarchische Attentat auf den jungen, unglücklichen König von Spanien in Paris von neuem, was denn eigentlich die Regierungen Europas gegen den Anarchismus zu tun gedenken. Daß jeder Staat ihn mit seinen nachdrücklichen als unabweisbar für jeden Staat anerkennen, anderen Weltweit-organen befehlen und daß der ausreichend sei, glaubt selbst wohl kein demokratischer Politikminister in einem der europäischen Staaten mehr. Daß man sich mit Hilfe der „ordinaire“, wie der selbige Minister von Hannoverien sich ausdrückte, oder auch mit Hilfe der sogenannten höheren Polizei irgendwie gegen anarchische Attentate schützen könnte, glaubt wohl auch niemand mehr. Also bliebe nichts anderes übrig, als auf staatliche oder internationale gesetzgeberische Maßnahmen zu setzen, welche der anarchischen Seuche Einhalt tun.

Wir wollen einmal die Voraussetzungen machen, daß Anarchismus mit Sozialdemokratie nicht direkt zusammenhängt. Wir wissen sehr wohl, daß die Sozialdemokratie entstanden ist aus jenen Bestrebungen, die den Staat nicht allein in allen politischen, sondern auch in allen wirtschaftlichen Dingen zur alleinigen Wächterin alles menschlichen Lebens machen wollen. — Wir wissen auch, daß der Anarchismus, so sehr er auf der einen Seite in der Verflüchtigung der gegenwärtigen staatlichen Autorität mit der Sozialdemokratie zusammenhängt, doch eigentlich einer anderen Wurzel entspringt, nämlich der Anschauung, daß alle staatliche und sonstige Autorität vom Uebel ist und deshalb beseitigt werden muß. Das sind jene Anschauungen, wie sie in Tolstoi und anderen verbalbortenen Anhängern Rousseaus sprühen. Will man nun die Sozialdemokratie durchaus mit geistigen Waffen und mit Sozialpolitik bekämpfen, so mag man es unversucht versuchen, Erfolg wird man damit schwerlich haben. Aber die anarchischen Attentate zerschlagen hindurch lassen zu lassen, wie sie kommen und gehen, und sich lediglich darauf zu beschränken, ein vielleicht nur durch das Los bestimmtes Subjekt zu hängen oder zu fesseln, ist grundfalsch.

Daß die anarchische Bewegung eine über ganz Europa verbreitete ist mit einem Wortland, wie Italien, mit einem Import- und „Veredelungs“-Verkehr wie in der Schweiz, mit „Hobbyprodukten“, wie in Rußland, ist doch wahrlich kein Geheimnis mehr. Streichen wir auch einmal, trotzdem wir für alle Ereignisse die monarchische Staatsform für die allein für alle Ereignisse haltigen, jenen Bewegungen, daß die Attentate sich in allererster Reihe gegen Staatsoberhäupter richten, fort, so bleibt doch immerhin die Bedrohung der gesamten Bevölkerung durch den Anarchismus übrig, die jeder Staat die verdammt Pflicht und Schuldbigkeit hätte, anzufechten. Der junge König von Spanien ist bei dem Pariser Bombenattentat unversehrt geblieben, dafür hat ein Dutzend harmloser Passanten an das Unheilstand glauben müssen. Befolgen also die Regierungen Europas nicht mehr die Kraft, ihre Staatsoberhäupter gegen die Attentate zu schützen, so sollten sie wenigstens ganz unbefleckte Personen vor Attentaten zu bewahren suchen. Wir sind neugierig, ob auch das Attentat vom Himmelstafelstabe dieses Jahres gegen den jungen spanischen König in einigen Wochen den Regierungen und Regierten wieder vergriffen werden wird, oder ob vielleicht doch noch einmal irgend ein Mann den Mut besitzt, hier mit Repressivmaßnahmen vorzugehen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 7. Juni.

Der Trinkfrucht.

den der Kaiser bei der Tafel im königlichen Schloß am Dienstag ausdrückte, lautete folgendermaßen:

„Meine liebe Tochter Gertrude, dich, die ich in meinem Hause und meinem Familienkreise zugleich im Namen meiner Gattin und meines ganzen Hauses von Herzen willkommen heiße. Du bist bei uns eingezogen, wie die Königin des Frühjahres, unter Rosen und Giraniden und unter dem begehrtesten Jubel des Volkes, wie ich meine Reifezeit seit langem nicht mehr erlebt hat. Ein Kranz erlauchteter Gäste hat sich eingestellt, um dieses hohe Festmahl mit uns zu feiern. Aber nicht nur die Anwesenden, auch diejenigen, die leider nicht mehr sind, sie sind im Geiste heute mit uns, dem Bes. Dein erlauchter Vater und meine Eltern. Als einzige Repräsentanten der damaligen Zeit sehen wir hier meine erlauchte Tante und meinen Onkel von Baden. Sie seien uns über zu vergangenen Zeiten, und wenn auch in der Feststunde unsere Herzen höher schlagen, soll auch der erste Ton nach guter deutscher Art nicht fehlen. Hunderttausende freudentzündliche Wünsche haben Dir entgegengejubelt; sie haben aber nicht nur aus Freude gelauscht, sondern wir etwas tiefer in die Seele der Menschen zu bilden vermag, hat aus den Augen dieser Leute eine Frage gelesen, eine Frage, die der Antwort bedarf durch Euer ganzes Wesen und Leben, die Frage: Wie wird es werden? Ihr tretet zusammen in einen neuen Hausstand ein, und das Volk hat seine Vorbilder, nach denen es sich richtet. Die hohen Vorbilder, die Dir, liebe Gertrude, vorangegangen sind, sind von bereedert Munde heute schon genannt worden. Die Königin Luise und die anderen Fürstinnen auf dem preussischen Thron, sie bilden den Maßstab für die Beurteilung Eures Lebens seitens des Volkes, während, mein lieber Sohn, Dein Leben und Wirken gemessen werden wird an den großen Vorbildern, die Dir durch Deinen erlauchtesten Großvater und Urgroßvater von der Vorsehung gegeben sind.

Mit offenen Armen bist Du, meine Tochter, bei uns aufgenommen worden und gehst und gehst geliebt zu werden. Euch beiden gemeinsam wünsche ich von ganzem Herzen Gottes reichsten Segen. Begrüßet bei Euer Hausstand auf Gott und meinen Geliebten. Wir er die bedeutendste Persönlichkeit gewesen ist, die der leidenschaftlichen Euren bis zum heutigen Tage auf der Erde hinterlassen hat, welche in den Herzen der Deutschen nachschlagen und sie zwingen, ihnen nachzuleben, so möge Euer Leben dem seinen nachstreben. Dann wieder Ihr auch den Gesetzen und Traditionen unseres Hauses entsprechen. Möge Euer Hausstand ein glücklicher sein und ein Beispiel werden für die junge Generation gemäß dem schönen Sage, welchen einst Kaiser Wilhelm der Große als junger Mann, sei sein Gaudiumselbstmitleid niederschrieb: „Eine Kräfte gehören der Welt und dem Vaterlande. Reicht ihr ihnen Segen für Euren Lebenslauf. Ich trinke auf das Wohl des jungen Ehepaars.“

Fürst Wilow.

Am Vermählungstage des deutschen Kronprinzen ging, wie von uns bereits gemeldet, die Kunde von der neuen Thronbesteigung des ersten Beamten des Reiches ins Land hinaus, nachdem noch nicht volle 6 Jahre seit seiner Erhebung in den Grafenstand verstrichen sind. Am 22. Juni 1899 wurde der damalige Staatssekretär des Auswärtigen von Wilow in den Grafenstand erhoben nach dem Abschluß des Vertrages mit Spanien, der die Abtretung der Marianen und Carolinen an Deutschland zur Folge hatte. Am nächsten Abend, am 17. Oktober 1900, wurde Graf Wilow Reichsfürst.

Fürst Wilow, der am 9. Mai 1849 geboren wurde und 1876 als Attaché der deutschen Botschaft in Rom seine diplomatische Laufbahn begann, steht gegenwärtig im 57. Lebensjahre. Mit der Erhebung in den Grafenstand dürfte er den höchsten Grad äußerer Ehre, der dem Fürsten Bismarck im Jahre 1873 nach befristeten Erfolgen seiner diplomatischen Laufbahn zuteil ward, erreicht haben. Dieser den besonderen Anlaß für die Ständeserhebung werden die Meinungen auseinandergehen. Die Annahme der Vergegnungen kann deshalb schwierig in Frage kommen, weil ja der Erfolg, so lange die Entscheidung im Verzuge noch aussteht, noch kein endgültiger ist. In welcher der Könige vielleicht auf die gleiche Erhebung in der Marfotage hingewiesen werden. Aber auch hier ist noch kein endgültiger Beschluß der Angelegenheit erfolgt. Leberhaupt wird wohl weniger ein spezieller Vorgang entscheidend für die Entscheidung des Kaisers gewesen sein, als vielmehr der Wunsch, dem Reichsfürst sein in vieler Beziehung erfolgreiches Wirken als Reichsfürst und Ministerpräsident eine ganz besondere äußere Ehre und Anerkennung zuteil werden zu lassen. Unter anderem hat ja Fürst Wilow auch in der scharfen Zeit der Kämpfe um den neuen Zolltarif, sowie in der Behandlung der lipplischen Frage im Vorjahre eine, wie die „Post“ schreibt, durchaus glückliche Hand gezeigt.

Nebenfalls ist dies Zeichen von Guld und Gnade gerade an diesem Familienkreise unseres Kaiserhauses erneut ein Beweis der hohen Gunst, in welcher der Kaiser die Mitglieder unserer Familie sieht. Die Auszeichnung wird nämlich das mecklenburgische Land und Volk besonders erfreuen, zu dessen vornehmsten Familien die Wilows gehören.

* Rücktritt dreier Oberpräsidenten? — Dementi. Die „Neue politische Korrespondenz“ schreibt:

„Nur der Rücktritt des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Westf. Oberpr. Dr. Raffe wird uns aus unterrichteten Kreisen auch der des Oberpräsidenten von Sachsen, Staatsminister v. Voeltzger, und des Oberpräsidenten von Pommern, Westf. Oberpr. v. Malchow, signalisiert.“

Hierzu erklärt die „Halle'sche Zeitung, Landeszeitung für die Provinz Sachsen“ in Halle a. S., an maßgebender Stelle in Magdeburg, daß das Gerücht von einem beabsichtigten Rücktritt Sr. Excellenz des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Staatsminister v. A. D. Dr. von Voeltzger jeglicher Begründung entbehrt.

* Der Zweckfall im Präsidium des Deutschen Flottenvereins ist als genügend belegt zu betrachten. Der Präsident des Vereins, Otto Fürst zu Salm, hat an die Hauptausführung, die Präsidiumsmitglieder, die Mitglieder des Gesamtvorstandes, sowie Freunde des Deutschen Flottenvereins folgende Mitteilung gerichtet:

„Das Präsidium hat in Vereinbarung mit der auf der Stuttgarter Hauptversammlung zu Sage getretenen Auffassung in Gemäßheit des Schlußsatzes von § 11 der Satzung die Herren Generale K. v. M. und v. M. wiedergewählt. Die Genannten haben die Wahl angenommen, welchen Entschluß ich und alle Freunde unserer Sache mit aufrichtiger Freude begrüße.“

Die auf 3 Wochen berechnete Generalfabreise des Vereins ist als genügend belegt zu betrachten. Der Präsident des Vereins, Otto Fürst zu Salm, hat an die Hauptausführung, die Präsidiumsmitglieder, die Mitglieder des Gesamtvorstandes, sowie Freunde des Deutschen Flottenvereins folgende Mitteilung gerichtet:

„Das Präsidium hat in Vereinbarung mit der auf der Stuttgarter Hauptversammlung zu Sage getretenen Auffassung in Gemäßheit des Schlußsatzes von § 11 der Satzung die Herren Generale K. v. M. und v. M. wiedergewählt. Die Genannten haben die Wahl angenommen, welchen Entschluß ich und alle Freunde unserer Sache mit aufrichtiger Freude begrüße.“

* Ein Vortragsvertrag mit Preußen hat die Regierung von Meckl. V. abgeschlossen.

* Bund deutscher Frauenvereine. In Danzig trat am Montag die sechste Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine zusammen. Die Generalversammlung wurde durch die Vorsitzende des Bundes, Frau Marie Stritt, eröffnet. Frau Stritt eröffnete die Versammlung den Bescheid, daß der Bund drei Jahre, der Bund umfasst jetzt 193 Vereine und Verbände. Wie in der Generalversammlung weiter mitgeteilt wurde, hat der Magistrat von Tilsit drei Frauen zur kommunalen Selbstverwaltung mit beratender Stimme in allen das Wahlenangelegenheiten betreffen Fragen zugelassen. — Weiterhin nahm die Versammlung die Berichte der Kommissionen entgegen. Danach hat u. a. die Stillschließungskommission eine Petition ausgearbeitet, in der die Beseitigung der Vorhänge und die Abschaffung des § 291, 6 des Strafgesetzbuches gefordert wird. Bei der Revision des Strafgesetzbuches sei auch die Beseitigung hinzuzufügen, daß die Entscheidung des Bundes der Berufung Wahlenangelegenheiten, er habe nicht gewagt, daß die Revision noch im Eingange läge, nicht mehr als Vorklageungsgegenstand gelten solle. Eine andere Petition bezog den Kampf gegen die Anstaltsstrafe und fordert, daß die Möglichkeit geschaffen werde, die Konzeption zum gewinnwirtschaftlichen Betriebe zu entscheiden, wenn in dem Betriebe nachträglich die Verhältnisse eintreten, die einen Betrieb zur Verlegung der Konzeption notwendig machen. Nachtrag wurde ein Antrag des Vereins norddeutscher Frauenvereine, worn die Justizverwaltung gebeten wurden, eine Statistik über die Meldungen der Frauen zu Vormundchaften und Pflegschaften und über ihre Beteiligung an denselben anzulegen und diese Statistik alljährlich dem Reichstag einzureichen. Angenommen wurde dagegen ein Antrag, wonach der Bund dahin wirken soll, daß für die Wahlen als Bewerber bei den unteren Verwaltungsbehörden, als Vertreter der Arbeitgeber und der Beschäftigten im Reichsland und Ausland der Versicherungsanstalten, als Bewerber bei den Schiedsgerichten für Arbeitervermittlung und als Bewerber in den Kreis der Verordneten und der Arbeitgeber beim Reichsversicherungsamt auch weibliche Personen maßgebend sind.

* Die Verwendung weiblicher Personen im Subalterndienst, besonders im Fernpremdienst der Reichspost und Telegraphenverwaltung — zurzeit werden fast 9000 Damen im Post-Telegraphendienst beschäftigt — hat in fortschrittlichen Frauenvereinen und sonst in Kreisen, die der sogenannten Frauenbewegung sympathisch gegenüberstehen, den Wunsch nach Vergrößerung der Zahl der Frauen im Post-Telegraphendienst hervorgebracht. Die Vergrößerung der Zahl der Frauen im Post-Telegraphendienst ist ein wichtiger Schritt, um auf diesem Wege Mädchen und Frauen, ähnlich wie in der Schweiz, in England und Skandinavien, den Zugang zu den mittleren und höheren Stellen des Postdienstes zu eröffnen.

Hierzu bemerkten die „Berliner Politischen Nachrichten“: „Nach Lage der Dinge in Deutschland könnte es sich nur um die mittleren Stellen, wie Obersekretäre, Assistenten, Köstlerinnen, Buchhalter, Bureaubeamte, handeln, da nur zu diesen Stellen die Anwartschaft durch das Weibchen der Erziehungsberechtigt ist. Der Verwaltung haben aber für diese Stellen meist männliche Ammütter zur Verfügung, daß es Schwierigkeiten macht, sie in angemeiner Zeit in den bezeichneten Stellen unterzubringen. Dazu kommt noch, daß den als Schwestern eingetragenen m. a. n. s. lichen Beamten ohne Ausnahme das Recht aussteht, die Erziehungsberechtigten anzulegen und damit die Anwartschaft auf sämtliche Stellen der mittleren Laufbahn zu erwerben. Ferner ist zu berücksichtigen, daß, aller Stellen für Assistenten bei den Post- und Telegraphenverwaltung mit Weibchen besetzt

werden müssen, und daß auch diese Militärämter sämtlich das Recht zur Ablegung der Eidesprüfung haben. Würde durch Zulassung des weiblichen Elements in diese Stellen die Zahl der Militärämter noch größer werden, so wäre es für die Verwaltung zu ergraben, ob an den unteren Stellen der mittleren Laufbahn zu befördern.

Aber auch grundsätzliche Bedenken liegen den militärischen Wünschen der weiblichen Beamten entgegen. Für die weiblichen Beamten ist die Eidesleistung ein rechtlich wichtiger Punkt, der weiblichen Beamten in dem Maße nicht geeignet ist; Fräulein, Späts- oder Nachdienst könnte ihnen kaum übertragen werden. Für den Nachpost- und den Nachabstand, in dem ein beträchtlicher Teil des Personals vernebelt wird, können sie überhaupt nicht betraut, ebensowenig für den Vertriebsdienst bei größeren Soldaten, der ein hundertlanges, ununterbrochenes Stehen bei häufiger, anstrengender Tätigkeit erfordert. Eine Zulassung weiblicher Beamten zu den oberen Stellen mittlerer Laufbahn wäre also nur denkbar, wenn die Dienstverhältnisse, deren Ausübung mit mehr oder weniger großen Unannehmlichkeiten und Anforderungen verbunden ist, ausschließlich dem männlichen Personal vorbehalten und dieses aus den betragsmäßig geringeren Stellen der weiblichen Beamten verdrängt würde. Ein solches Verbot aber dürfte sich nicht mit dem Grundgedanken der Gerechtigkeit und Billigkeit, Grundgedanken, welche die Beschlüsse, mit denen eine Auffahrt über die Eide in den letzten Tagen von den weiblichen Beamten in Rom, Wien und Prag beschlossen wurden, widersprechen.

All diese Erwägungen, deren Ergebnis durch minder günstige Erfahrungen betreffs der körperlichen Widerstandsfähigkeit und Ausdauer der weiblichen Beamten noch bestätigt und veranschaulicht wird, lassen es nicht angelegentlich erscheinen, den weiblichen Beamten den Zugang zu den Dienststellen der höheren Laufbahn oder auch nur zu den oberen Stellen der mittleren Laufbahn freizugeben.

Die Konferenz zur Begründung des internationalen Arbeitsinstituts hielt am Dienstag in Rom unter Vorsitz des Ministers des Auswärtigen Tittoni eine Plenarsitzung ab. Sie beendigte ihre Arbeiten und genehmigte die Beschlüsse, welche in den letzten Tagen von den drei Kommissionen angenommen wurden. Diese Beschlüsse bilden einen organischen Plan für die Organisation der Tätigkeit des Instituts. Dieses wird einen dauernden Charakter und seinen Sitz in Rom haben und wird durch finanzielle Beihilfen der kaiserlichen Mächte unterhalten werden. Heute, Mittwoch, nachmittags wird die Konferenz ihre letzte Sitzung abhalten, um das Schlussprotokoll zu unterzeichnen, mit dessen Begitteilung der Vorstand des Bureau's beauftragt wurde. Der Minister des Auswärtigen Tittoni teilte der Konferenz mit, daß der König sich persönlich an die Gründung und Unterhaltung des Instituts zu beteiligen wünsche und ihm die Einkünfte aus zwei Kron-domänen, d. i. 300 000 Lire jährlich, aussetzen werde. Diese Erklärung wurde mit dem einmütigen Befehl der Versammlung aufgenommen, welche auf Voranschlag des französischen Vizepräsidenten des Ministers Tittoni beauftragt, dem König ihren Dank zum Ausdruck zu bringen.

Ungarn und der deutsch-österreichische Handelsvertrag.
Das ungarische Abgeordnetenhaus hat mit großer Mehrheit den Antrag stillgelegt auf Schaffung eines autonomen ungarischen Zolltariffs angenommen. Damit ist zwar die Frage der zollpolitischen Trennung Österreichs und Ungarns noch nicht entschieden, denn hierzu haben auch noch andere Faktoren mitzureden, aber die Aussichten für das Zustandekommen eines für beide Reichshälften gemeinschaftlichen Zolltariffs sind für die Genehmigung des neuen Handelsvertrags mit Deutschland haben sich durch diesen Beschluß des ungarischen Abgeordnetenhauses entschieden verschlechtert. Der neue Tarif kann schließlich, wenn es zur Zolltrennung kommen sollte, für Österreich allein in Kraft gesetzt werden. Der Handelsvertrag ist aber zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn abgeschlossen. Die Parlamente beider Reichshälften haben ihre Zustimmung zu dem Vertrag zu geben, und wenn das ungarische Parlament die Zustimmung verweigert, was es eigentlich in Konsequenz seines Beschlusses über die Schaffung eines ungarischen Zolltariffs tun muß, so wird damit der Vertrag null und nichtig.

In Ungarn glaubt man freilich, der Vertrag werde dann für den Rest von Deutschland und Österreich gelten, und es bleibt Ungarn überlassen, einen eigenen Vertrag mit Deutschland abzuschließen. Das ist aber eine ganz falsche Meinung. Der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hat zur Voraussetzung, daß Österreich und Ungarn zusammen ein Zollgebiet mit einem gemeinsamen Zolltariff, ohne irgend welche Zwischenfälle, bilden. Gilt diese Voraussetzung fort, dann ist der Vertrag rechtsungültig, und es tritt zwischen dem Deutschen Reich einerseits und Österreich und Ungarn andererseits ein vertragsloser Zustand ein, der auf deutscher Seite die Anwendung des Generaltariffs bedingt. Die Stellung des ungarischen Abgeordnetenhauses wird also von großem Einfluß auf das wirtschaftliche Verhältnis der Doppelmonarchie zum Deutschen Reich wie auch auf die deutsche Handelsvertragspolitik überhaupt sein.

Es gibt in Deutschland keine Interessentengruppe, denen eine solche Wendung der Dinge nicht unangenehm wäre. Bekanntlich hat die deutsche Regierung in dem Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn vielfach weitergehende Zugeständnisse gemacht als in den Handelsverträgen mit den übrigen Mächten. Wir führen als Beispiele an die Zollermäßigungen auf Walf, frisches Obst, geistige Getränke, verschiedene Goldwaren, Kirschobst, Mehl, Mehl, Stärke, verschiedene chemische Produkte, Textilwaren, Seidenwaren, Papier, Steinwaren, Tonwaren, Eisenwaren usw., ferner die Bestimmungen über die direkte Exportvergütung für Walf, über die Ursprungszeugnisse und über die Handhabung des Fleischschabgebührens. Aus den Kreisen der deutschen Landwirte und zahlreicher Industriezweige ist gegen diese Zugeständnisse lebhaft Einpruch erhoben worden. Geht nun der deutsch-österreichische Handelsvertrag in die Brüche, so fallen natürlich auch all diese Zugeständnisse fort, was gewiß nur allen denjenigen, die sich dadurch geschädigt fühlen, mit großer Freude begrüßt werden wird. Deutschland kann auf jeden Fall den wirtschaftspolitischen Ereignissen in Österreich-Ungarn mit voller Ruhe entgegensehen. Aber die Herren Bemolner des ungarischen Globus sollten sich über die handelspolitische Wirkung der Zolltrennung keiner Täuschung hingeben. Sie sollten wissen, daß mit dem Tage, an dem die Trennung erfolgt, ihr Handelsvertragsverhältnis nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit allen übrigen Staaten zu Ende geht.

* **Seefahrtsgesetz.** Aus London wird der „Post“ gemeldet: Das internationale maritime Komitee, welches im Jahre

1897 in Schiff auf dem Zweck gestiftet wurde, um die Uebereinstimmung der Seefahrtsgesetze durch Befestigung der in der Praxis zu allerlei Unzulänglichkeiten führenden Verordnungen im Interesse der einzelnen Staaten herbeizuführen, hat zwischen dem 14. und 17. März in Liverpool am zweiten Male zusammengetreten. Unter den mannigfaltigen Verhandlungen gelangten Fragen über besonders eine hervorzuheben, welche sich auf die Verantwortlichkeit der Reeder im Falle von Zusammenstößen und auf die Widerprüche der Seefahrtsgesetze betreffen die Schiffmeister betreffen. Am Kongress nahmen 70 bis 80 auswärtige Deputierte, eine große Zahl von Vertretern maritimer und kaufmännischer Interessen aus Großbritannien und eine offizielle Vertretung der englischen Admiralität teil. Das Zentralbureau des internationalen maritimen Komitees trat in Antworten unter dem Vorsitz des Staatsministers Herrn Tennant.

* **Ueber ein neues russisches Eisenbahnprojekt** berichtet man uns: In einer besonderen Kommission des Eisenbahndepartements hat kürzlich die Beratung über das Projekt einer neuen 2366 Meilen langen Eisenbahn begonnen, die die russischen mittelasiatischen Gebiete mit der sibirischen Eisenbahn verbinden soll. Die Frage über den Bau dieser Eisenbahn ist schon mehrere Male angeregt. Jetzt ist die russische Regierung nicht mehr der Lage, dieses Projekt zu verwirklichen, es hat sich aber schon eine Heftigkeit um die Konzeption zum Ausdruck. Nach einem vorläufigen Plan soll die Bahn bei Tschikent, dem Knotenpunkt der mittelasiatischen und Orenburg-Bahn, beginnen und dann über Tschimkent, Aulirata, Beshkent, Biernij, Semipalinsk, Barnant, die sibirische Route der Station Wolomoshina am Dom erreichen.

Wenn der Bau dieser Bahn zur Ausführung kommt, ist schwer voraus zu sagen, zumal die Vorarbeiten noch nicht begonnen haben. Daß die Bahn aber eine große wirtschaftliche und auch eine strategische Bedeutung haben wird, liegt auf der Hand. Sie wird Gebiete erschließen, die bis dahin ihre Erzeugnisse aus Mangel an Verbindungen nicht an den Markt bringen können. In strategischer Beziehung hätte sie sich mittels der mittelasiatischen, Orenburg-Kasachischen und der sibirischen Bahn an dem europäischen Schienennetz an. Es könnte somit die russische Regierung nach der einen wie nach der anderen Seite stattfinden. In dieser Beziehung wird sie die sibirische Eisenbahn bei dem Transport von Truppen nach dem fernen Osten entlasten.

Das „neutrale“ England.
Zeit Jahr und Tag kämpfen unsere braven Soldaten in Südwestafrika, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, den Aufstand völlig zu unterdrücken. Im Kampfe gegen die mordenden und raubenden Herero- und Gontentotten-Banden büßen zahlreiche deutsche Landesfinder Leben und Gesundheit ein, die wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes ist auf Jahrzehnte gestört, und die dem Reich erwachsenden finanziellen Opfer lassen die bei Beginn des Aufstandes begebenen schicklichen Verfürchtungen weit hinter sich. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wann die Ruhe und Ordnung im Schutzgebiete wieder hergestellt sein wird. Die großen Karasberge, deren zerklüftetes Gelände den Gontentotten geeignete Schlupfwinkel bot, sind erst kürzlich vom Feind gefäubert worden, aber diesem ist, wie schon oft, gelungen, die britische Grenze zu erreichen. Nach Wunsch von Eingeborenen sollen für namentlich Hendrick Witboi und andere Wanderhändler mit ihrem Anhang nach Britisch-Südwafrika zurückgezogen haben, in der Absicht, von dort aus Einfälle in deutsches Gebiet zu machen. Was tun aber die britischen Behörden, um dieses verbrecherische Treiben zu verhindern? Nur kurzen meldete General v. Trotha, der Wäberführer Morenga und Hans Hendrick seien mit 150 Gontentotten auf britisches Gebiet gedrängt und dort von den britischen Behörden entwaffnet worden. Die Entwaffnung konnte natürlich nur insoweit erfolgen, als Waffen und Munition nicht vorher verpackt worden waren. Ueberrumpelt eine deutsche Truppenabteilung die Grenze, wie es bei Beginn des Bunderzweigs-Aufstandes einmal geschah, so ist die britische Polizei ebenfalls sofort bei der Hand, den Deutschen die Waffen abzunehmen. Damit erkennen also die britischen Behörden die Herero- und Gontentotten, die Wäber- und Wäberhändler des deutschen Schutzgebietes vollständig als strafwürdige Mächte an. Willt die Deutschen in die Unschicklichkeit dieser Herden zu unterliegen oder ihnen wenigstens freie Hand bei deren Verloftung zu lassen, hindern sie durch diese Art von Neutralität nicht nur die Verloftung der Schuldigen, sondern fördern geradezu deren verbrecherisches Treiben. Den übergetreten und „entwaffneten“ Eingeborenen dürfte es ein leichtes sein, ihre Waffen wieder zu erlangen oder sich neue zu verschaffen, und die britische Verwaltung würde es schwierig verhindern können, daß sie nun vom britischen Gebiet aus, wozu sie von den deutschen Truppen nicht verfolgt werden können, Raub- und Wäberzüge in unser Schutzgebiet unternehmen. Auf diese Weise kann der Krieg in Südwestafrika noch lange dauern und noch große Opfer an Menschenleben und Geld kosten. Dem „neutralen“ England ist das natürlich gleichgültig, aber vielleicht paßt es ihm auch in seine dem westlichen Sozialismus feindselige Politik. Welches Geschrei würde wohl, so meint die „Post“, „Korrespondenz“, die englische Presse erheben, wenn der Fall umgekehrt läge und die deutsche Verwaltung würde Wäberhändler England gegenüber ebenso als kriegerische Mächte anerkennen würde, wie dies jetzt England in rassistischen Ansehensmäßiger Anwendung der völkerrrechtlichen Neutralitätsgrundsätze geschehen tut.

* **Das Mittel der deutschen Abgeordnetenkammer** für den 17. februar-holländischen Wahlsitz Renner Kath (L) ist in Wien nach nur veränderter Form abgelehnt worden.
* Eine Krake aus Exempel lümdigt der „Normwärts“, an indem er auf das Behorichen der Ergraswahl im Kreis Effen für den verstorbenen Zentrumsgesamten Stökel hinweist. Das sozialdemokratische Blatt schreibt: Die kommende Wahl wird zeigen, welchen Eindruck in den Arbeitermassen das Verarbeiteregele, das Verhalten der Regierung, der Parteien und der Parlamente hinterlassen hat. Sie wird insbesondere die Stimmung der christlichen Arbeiter über den schmerzlichen 2. März 1897 zeigen.
Man wird allerdings dem Ausgang dieser Erntewahl mit einiger Spannung entgegensehen können. Das Sozialdemokratische „Christlichen“ mit dem sozialdemokratischen Verarbeiteregele und die „erfreuliche Einmütigkeit“ des Siebenerauslaßes hat die Position der „Genossen“ ungewissermaßen erheblich gestärkt. Wir fürchten, daß das Zentrum die Kosten dieser Verbindung zu tragen haben wird und sich höchstens mit der Aufstellung eines eigenen Verarbeiteregele und der Skalamität werde zeigen können.

* **Anarchistischer Anschlag.** Die, wie gemeldet, in Jena verene Konferenz der „Anarchistischen Föderation Deutschlands“ ist nun, wie die „Magd. Ztg.“ erzählt, am Dienstag nach Pflingen in Horn bei Hamburg gegangen. Offenlich werden auch die Hamburgischen Behörden mit einem Verbot gegen diesen Unzug eingeschrieben.

Der Krieg in Ostasien.

Die Nachrichten über die Friedensfrage lassen mit einiger Sicherheit nur erkennen, daß von mehr als einer Macht Schritte gehen, um der russischen Regierung Gelegenheit zur Annäherung von Erörterungen mit Japan zu geben, jedoch nur für den Fall, daß Rußland selbst den Zeitpunkt dafür schon gekommen erachtet und den baldigen Beginn von Vorbereitungen wünscht. Es ist aber bisher nicht bekannt geworden, daß ein solcher Wunsch in den maßgebenden russischen Kreisen bereits durchgedrungen sei.

Die Nachricht des Gouverneurs von Manila, Wright, wurde an diesen ein Telegramm geschickt, in welchem Präsident Roosevelt darauf betonte, daß die Korsetz, nach der Schiffe einer kriegerischen Macht nur gestattet ist, sich 24 Stunden in einem neutralen Hafen aufzuhalten, genau eingehalten werde und daß die russischen Schiffe innerhalb dieser Frist nur soviel Kohlen und Lebensmittel einnehmen, als zur Erreichung des nächsten Hafens erforderlich sind.

Ueber die kolossalen materiellen Verluste der Russen wird der „Post“ aus Petersburg geschrieben: Rußland hat in der Korsetz faste weit größere Verluste davongetragen als bei der Vernichtung der Port Arthur-Flotte. Die bei Tschushima verloren gegangenen Schiffe repräsentieren zusammen einen Geldwert von 136 362 000 Rubel. Dazu kommt noch die für die erfolglose Neuaufrichtung der Schiffe „Sibir“, „Smolensk“ usw., sowie die überaus kostspielige Ueberfahrt von Kronstadt bis zur Korsetzstraße. Der Gesamtverlust der Port Arthur-Flotte betrug etwa 110 Millionen Rubel, wobei das teuerste Schiff, der „Retowian“, 10 695 518 Rubel kostete. Demnach verlor Rußland in der Korsetz faste mehr wertvolle Schiffe, wie es überhaupt hier einen größeren Verlust erlitt, als bei Port Arthur.

Die Menschenverluste der Russen in der Seeschlacht bei Tschushima betragen 14 000 Mann getötet oder ertrunken, 4600 gefangen, 3000 entkommen. Die ärztliche Untersuchung der Gefangenen ergab, daß ein großer Teil von ihnen krank ist, namentlich leiden viele an Seefrankheit.

Ausland.

Italien.

Finanzminister Malorano
hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem der Einfuhrzoll auf Karren von 1,75 auf 3 Lire erhöht wird. Auf Automobile werden in dem Entwurf folgende Zölle vorgeschlagen: 200 Lire auf Automobile bis zu 500 Kilogramm Gewicht, 400 Lire auf solche bis zu 1000 Kilogramm und 600 Lire auf Automobile von mehr als 1000 Kilogramm Gewicht.

Serbien.

Konkurrenz.

Dienstag abend fand vor dem Nationaltheater in Belgrad zwischen dem jugoslawischen Nationaltheater und dem früheren Ministerpräsidenten Raffis ein Kontrover statt, das in Täuschlichkeiten ausartete. Die Ursache hierzu war eine Polemik in der Samooapnava über Privatbesitznahme des Justizministers. Es verlautet, daß Raffis sich eine Entlassung eingereicht hat.

Großbritannien.

Der König und die Königin gaben am Dienstag abend zu Ehren des Königs von Spanien im Buckingham-Palaste ein Festmahl, bei dem Trinksprüche ausgedrückt wurden, in denen das gute Einvernehmen zwischen beiden Ländern betont wurde.

Vermischt.

Ein Verlobungsgeschehen. Die Vermählung des deutschen Kronprinzen scheint auf die Ehepaare einiger englischer Journale, vielleicht auch unter dem Einfluße der gegenwärtig jenseits und diesseits des Kanals herrschenden tropischen Hitze unangenehm bedrückend gewirkt zu haben. Die beiden Prinzen haben nicht nachweisbar gute Beziehungen zum Londoner Hofe, so würden wir es nicht für notwendig erklärt, folgende jetzt von ihnen verbreitete Mitteilung zu erwähnen. Sie besaßen nämlich, die Verlobung des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen, des zweiten Sohnes Kaiser Wilhelm II., mit der Prinzessin Viktoria Eugenie von Spanien in Brüssel, die Prinzessin Viktoria Eugenie von Spanien hat das zweite Kind und die einzige Tochter ihres Bräutigams Heinrich von Battenberg (Sohnes des Prinzen Alexander von Hessen, aus dessen morganatischer Ehe mit der polnischen Gräfin Julia Saxe, und jüngeren Bräutigams des Fürsten Alexander von Bulgarien), der 1885 den preussischen Thron bestieg, um die Prinzessin Viktoria Eugenie von Spanien zu heiraten, die jüngste Tochter der Königin Victoria und deren sorgfältig gepflegte bis an ihr Lebensende. Prinz Heinrich von Battenberg starb am 20. Januar 1896 in Indien. Seine Witwe bewohnt den alten Kensington Palast in London und hat hier erst vor wenigen Wochen, am Beginn der diesjährigen Saison, ihre Tochter, in die große Welt eingeführt. Diese Heirat — sie wurde am 24. Oktober 1887 in Baltimore, Md., dem schottischen Schloße ihrer königlichen Schwammutter, geboren — zur Zeit in ihrem 18. Lebensjahre und ist eine hübsche, anmutige Erscheinung. Am Jubiläumstage „Eua“ genannt, erleiht sie ihren Namen Eugenie von der Kaiserin Eugenie von Frankreich. Ihr Vater ist ein außerordentlich gutartiger und ein ganz gewöhnlicher Beamter und ihre Schwammutter eine Heirat haben soll, deren Zustandekommen des letzteren tragisches Ende im Guland vererbte. Prinzessin Eua hat sich nach am Ausgang dieses Winters bei der großen Witwe Napoleons III. an der Riviera auf und es heißt, daß die Heiratverhandlungen über ihren Erben eingeleitet sind. — Ein wunderliches Spiel des Schicksals wäre es jedenfalls, wenn auf solche Art die Hinterlassenschaft des Kaisers Napoleons III. an den Urerben seines Befehles gelangte. Inzwischen ist, wie die „R. O. C.“ mitteln kann, in den interessierten Kreisen Berlins nichts von dieser Werbung bekannt und will sie schon deshalb nicht besonders maßgebend vorkommen, weil die Familie Battenberg, obwohl die Königin Victoria den Prinzen Heinrich zur Königinlichen Heirat und seine Kinder zu „Doppelten“ erbe, nach dem Willen des deutschen Fürstentums nur dem niederen Adel zugunsten ist, also sogar noch im Range unter den mediokraten Beamtenfamilien stürzlichen und gräflichen Standes, wie den von Bielefeld, Stolberg, Schönböhm usw., steht.

Der jugoslawische Anschlag, wie uns ein reisender Zug natürlicher Empfindens der jungen Kononrujessin mitgeteilt. Als der Kaiser vor dem Schloße Bellevue die Erlaubnis dem Kaiser, in seiner ritterlichen Weise den Helm abzunehmen und ihr die Hand küßeln wollte, fiel ihm plötzlich am den Hals, jedoch der Kaiser, der somit so erie, ist, plötzlich betrug und erlitt nur, auch die Jungen dieser reisenden und anmutigen Ege empfinden tief den Eindruck des Besonderen. — Bei dieser Gelegenheit müßten wir noch konstatieren, daß die gelbesen Bilder, die in jüngster Zeit von der deutschen Kronprinzessin verbreitet worden, nach dem Urteil aller Denjenigen, die das Bild gehabt



Die Verammlung entschied sich schließlich gegen die Einführung eines Beschlusses...

Der Zentralverband des evangelischen Vereins der Ost- und Westfalen...

Der Zentralverband des evangelischen Vereins der Ost- und Westfalen...

Der Zentralverband des evangelischen Vereins der Ost- und Westfalen...

Der Zentralverband des evangelischen Vereins der Ost- und Westfalen...

Der Zentralverband des evangelischen Vereins der Ost- und Westfalen...

Sehe Draht- und Fernsprech-Nachrichten.

(Nach Schluss der Redaktion eingegangen.) Berlin, 7. Juni. In Gegenwart des Kaisers...

Berlin, 7. Juni. Der Kaiser wird am 18. d. M. in Hamburg eintreffen...

Berlin, 7. Juni. Die Sommerreise des Kaisers wird dieses Jahr nicht über die Ostsee hinausgehen.

München, 7. Juni. Durch die heute veröffentlichte neue Wahlkreisenteilung...

Nam, 7. Juni. Gestern abend gab der Ackerbau-Minister Rada ein Festmahl zu Ehren der Konzeption...

Nam, 7. Juni. Gestern abend gab der Ackerbau-Minister Rada ein Festmahl zu Ehren der Konzeption...

Nam, 7. Juni. Gestern abend gab der Ackerbau-Minister Rada ein Festmahl zu Ehren der Konzeption...

Paris, 7. Juni. Von allen Seiten wird die Nachricht bestätigt...

Paris, 7. Juni. Von allen Seiten wird die Nachricht bestätigt...

Berlin, 7. Juni. Die wahre Ursache des Mißtrates des früheren französischen Ministers...

Berlin, 7. Juni. Die wahre Ursache des Mißtrates des früheren französischen Ministers...

Petersburg, 7. Mai. Trotz des Verbotes des Generalgouverneurs...

Petersburg, 7. Mai. Trotz des Verbotes des Generalgouverneurs...

Christiania, 7. Juni. Das Störthing erklärte, da der König aufgehört habe...

Athen, 7. Juni. Depeschen aus Athen melden, daß in der Nähe von Meliboni...

London, 7. Juni. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, daß offiziell erklärt werde...

Vorausichtiges Wetter am 8. Juni: Abmehelndes helteres und wolfiges, kühleres Wetter mit vereinzelten Regenschauern...

Vorausichtiges Wetter am 9. Juni: Heilmlich helteres, abmehelndes, nachts kühltes, am Tage etwas wärmeres Wetter.

Hamburg, 7. Juni. 9 Uhr 54 Min. vom. Das Maximum (hier 786 mm) liegt nördlich über Skottland...

Börsen- und Handelsteil.

Algemeines. -y. Halle -Scheffeler Eisenbahn -Gesellschaft. Die Betriebs-einnahmen betragen: April 1905 57 187,10 M.

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

-y. Die am 1. Juli 1905 fälligen Coupons der Hypothekendarlehen der Preussischen Kredit-Anstalt...

Wetterbericht.

Wetterbericht vom 6. Juni, abends. Eine Depression lagerte heute über die südlichen Nordsee...

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or index.

